



Dezernat, Dienststelle
II/03

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	06.02.2023

Anfrage der SPD: Wie gelingt es, die Antidiskriminierungs-Meldestellen um den Phänomenbereich Frauenfeindlichkeit zu erweitern?

Sieht die Verwaltung Möglichkeiten, beim Land auf die Erweiterung des bisherigen Meldestellenkonzeptes um eine weitere Stelle zur Frauenfeindlichkeit hinzuwirken oder diese anzuregen?

Das Land NRW plant einzelne Meldestellen zu zielgruppenspezifischen Diskriminierungsvorfällen einzurichten, die in der Tat das Thema Frauenfeindlichkeit auf den ersten Blick nicht involviert. Im Hinblick auf Intersektionalität von Diskriminierungsvorfällen ist es notwendig, das Konzept und die Umsetzung der Meldestellen näher zu betrachten. In Köln sind zwei Träger ansässig: Interkultur e.V./Coach e.V. (antimuslimischer Rassismus) und das QueereNetzwerk (Queerfeindlichkeit). Die Themen „Gleichstellung“ und „Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts“, finden sich auch in deren Arbeit wieder, so dass davon auszugehen ist, dass Meldungen erfolgen werden.

Ein gutes Beispiel ist die rheinland-pfälzische Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle. Hier werden auch antifeministische Vorfälle registriert. Die Aufgabe der Meldestelle ist es, ein breites Feld von einer Vielzahl unterschiedlicher Delikte und Vorfälle sowie eine Breite an ideologisch unterschiedlich motivierten Anfeindungen zu beleuchten und zu dokumentieren. Sie bezieht eine mehrdimensionale Betrachtung von Diskriminierungserfahrungen mit in das Konzept ein.

Diskriminierungsfälle werden in Köln derzeit durch Antidiskriminierungsberatungsstellen (ADB), wie das Antidiskriminierungsbüro & Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit der Caritas oder das Antidiskriminierungsbüro (ADB) Köln/ Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., sowie phänomenbezogene Meldestellen, wie die Fachstelle [m²] / Meldestelle für Antisemitismus des NS-Dokumentationszentrums, erhoben. Das Amt für Integration und Vielfalt der Stadt Köln arbeitet mit den Antidiskriminierungsstellen zusammen und hat auf Grundlage der dort erhobenen Daten ein Antidiskriminierungsmonitoring erstellt.

Für die künftigen Berichte soll die Datenlage kontinuierlich verbessert und weitere Stellen, die Diskriminierung erfassen, sollen gewonnen werden, sich an dem Bericht zu beteiligen. Dazu gehören auch die durch die Landesregierung eingesetzten Meldestellen. Das Antidiskriminierungsmonitoring macht zeitgleich darauf aufmerksam, die Antidiskriminierungsstrukturen in Köln zu stärken und die Datenbasis dadurch zu verbessern. Daher sollen in der Fortschreibung des Berichts insbesondere intersektionale Aspekte wie beispielsweise Diskriminierungen gegen geflüchtete Frauen, muslimische Frauen oder ältere Frauen einbezogen werden. Eine diesbezügliche Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern und dem Amt für Integration und Vielfalt auf kommunaler Ebene wird zurzeit eruiert.

Wie schätzt die Verwaltung den Bedarf an einer entsprechenden Meldestelle Frauenfeindlichkeit ein- sowohl kommunal angesiedelt als auch auf Landesebene?

Eine explizite Meldestelle für frauenfeindliche Vorfälle existiert in Köln nicht. Jedoch gibt es eine gut aufgestellte Frauenhilfenetzstruktur, in der die Beratungsstellen (<https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/gleichstellung/der-arbeitskreis-gegen-gewalt-an-frauen>) über Zahlen zu den Beratungsfällen verfügen. Die Beratungsstellen und Gewaltschutzzentren sind Anlaufstellen, wenn die Polizei noch nicht gerufen wurde oder das Anliegen nicht im direkten Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz steht. In einem geschützten Rahmen können sich Frauen in allen Lebenslagen unabhängig von ihrem Alter, ihrer Kultur oder ihrer sexuellen Orientierung kostenfrei Beratung suchen. Eine Meldestelle sollte diese Eigenschaften ebenfalls aufnehmen und intersektional ausgerichtet sein.

Zur Beurteilung, inwiefern es notwendig ist, noch umfassender frauenfeindliche Diskriminierungen und Sexismus darzustellen und auszuwerten, ist die Expertise der Frauenhilfenetzstruktur in Köln notwendig. Eine Abfrage ist in der Planung.

Kann sich die Verwaltung vorstellen, zusammen mit den Trägern „EDELGARD“ in Richtung einer Meldestelle für Frauenfeindlichkeit auf kommunaler Ebene auszubauen?

EDELGARD ist eine Kampagne, die aus der Zivilgesellschaft nach den Silvestervorfällen 2015/16 entstanden ist (Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum). Sie beschäftigt sich ausschließlich mit sexualisierter Gewalt im öffentlichen Raum und hat als Ziel, die Stadtgesellschaft zu sensibilisieren und miteinzubeziehen, um die strukturelle Benachteiligung von Frauen zu bekämpfen. Das niedrigschwellige Angebot von EDELGARD möchte die Hemmschwelle von Frauen und Mädchen senken, um Hilfe in Anspruch zu nehmen. Damit hat die Kölner Initiative eine andere Zielsetzung als eine Meldestelle, die dazu führen soll Öffentlichkeit herzustellen und das Ausmaß von Frauenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft darzustellen.

Wie viel würde die Einrichtung einer solchen Stelle für Köln ca. kosten?

Hierzu kann keine Aussage getroffen werden, da die mögliche Platzierung unter den oben genannten Gesichtspunkten noch nicht abschließend geklärt ist.

In Dortmund gibt es einen kleinen Fonds zur Deckung von Kosten für Untersuchungen und Behandlungen bei Fällen sexualisierter Gewalt. Welche Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung gibt es in Köln?

Die Stadt Köln unterstützt das Programm der anonymen Spurensicherung (ASS) mit Öffentlichkeitskampagnen, so dass das Angebot in den letzten Jahren bekannter wurde. Die Fallzahlen stiegen in der Vergangenheit deutlich an. Die ASS ist kostenfrei, Behandlungskosten werden von den Krankenkassen übernommen.

Gez. Prof. Dr. Diemert